

N° wm20	4-5-2008	Neues aus Lateinamerika: Referendum in Santa Cruz, Bolivien <i>Wilhelm Mindler</i> wmindler@cantv.net wmindler@gmail.com
---------	----------	---

Soeben höre ich in „CNN en español“ die ersten Ergebnisse vom Referendum im Departamento Santa Cruz, Bolivien. Bolivien steht vor einer neuen Realität, die Autonomien der Departamentos (Bundesländer) sind ein alter, legitimer Anspruch. Unter welchen Bedingungen steht diese Autonomie, fragt die Reporterin, und der Experte (aus Miami, von wo sonst?) erklärt das es sich um eine Autonomie handelt wie sie weltweit verstanden wird und nennt Spanien als konkretes Beispiel. Das einzige Problem sei die zentrale Regierung von Evo Morales, wegen ihrer unnachgiebigen Haltung.

Bolivien vor EVO

Ein Rekord von Militärputschs (zeitweise ein Durchschnitt von mehr als einem Putsch pro Jahr), die meist aus Santa Cruz ausgingen.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Indios, aber diese hatten nur allzu beschränkte Rechte. Evo Morales war der erste Indio, der einen Sitz im Parlament errang, aber er wurde nach kurzem Prozess mit „demokratischem“ Mehrheitsbeschluss wieder aus dem Parlament ausgeschlossen.

Der Präsident wurde vom Volk gewählt, aber wenn kein Kandidat mehr als 50% der Stimmen erhielt, konnte das Parlament irgendeinen der drei ersten Kandidaten ernennen.

Der Erdöl- und Erdgassektor wurde verfassungswidrig privatisiert.

Die Privatisierung der Telekommunikationen zeigt uns, wie so etwas funktioniert: die neue Firma musste sich zu bestimmten Investitionen verpflichten, aber der Grossteil dieses Geldes wurde zur Seite gelegt, nie investiert, und nach einiger Zeit als angeblicher Gewinn wieder zurückgezahlt. Ein Telefon bekommt man bei diesem System nur in den Städten, wo es hoch rentabel ist. Es geht ja nicht darum ein Service anzubieten, sondern nur irgendwo in Übersee den Rahm abzuschöpfen.

Kostbares Erdgas wurde zu lächerlichen Preisen und unter langjährigen Verträgen an die Nachbarn verkauft. Bolivien war auf diese Art -neben dem ebenso ausgebeuteten Paraguay- das ärmste Land in Lateinamerika.

Bolivien unter EVO

Nach einer mehrjährigen Krisis mit mehreren kurzlebigen Präsidenten wurde Ende 2005 Evo Morales -für viele überraschend- mit über 50% der Stimmen als Präsident gewählt.

Das Erdgas wurde verstaatlicht, ein neuer Preis wurde mit Brasilien und Argentinien ausgehandelt (der Durchschnitt zwischen dem alten und dem Weltmarktpreis), und die entsprechenden Dividenden im Jahr 2007 waren mehr als das sechsfache des Jahres 2005, im heurigen Jahr wird das achtfache erwartet.

Das erlaubte Evo eine bescheidene Rente für alle alten Leute einzuführen, sowie ein kleines Stipendium für alle Schüler, welche die Pflichtschule besuchen. Für die armen Kleinbauern ist ein Kind, das in die Schule geht, ja eine fehlende Arbeitskraft. Auch eine massive Alphabetisierungscampagne sowie andere Sozialmassnahmen wurden durchgeführt.

Am 1. Mai dieses Jahres wurde auch die Verstaatlichung des Telekommunikationssektors dekretiert.

Eine verfassungsgebende Versammlung arbeitete an einer neuen Verfassung. Aber für Beschlüsse war eine Zweidrittelmehrheit notwendig, und zu der fehlten Evo ein paar Stimmen, somit konnte die Opposition diese Versammlung blockieren. Irgendwie wurde aber dann doch im letzten Augenblick das Projekt beschlossen, und sollte am 4. Mai einem Referendum unterworfen werden.

Die Opposition schrie laut, die vorgeschlagene Verfassung verletzte die Menschenrechte usw., pilgerte mit ihrer Beschwerde in den Norden, aber die OEA (Organización de Estados Americanos, Organisation Amerikanischer Staaten, der alle Staaten ausser Kuba angehören). Und die OEA gab ihre Meinung kund, es konnte keinerlei Verletzung der Menschenrechte festgestellt werden.

Der Hintergrund: eine verlorene Schlacht

Den Hintergrund dieser sogenannten Autonomiebestrebung wird man in CNN kaum hören. Im Osten von Bolivien besteht ein feudales System mit steinreichen Grossgrundbesitzern und Campesinos ohne Land. In vielen Latifundien stehen die Indios praktisch unter Leibeigenschaft, das behauptet die Regierung, der Präfekt von Santa Cruz und die Latifundisten bestreiten es, aber sicherheitshalber verweigern sie den staatlichen Behörden mit Waffengewalt den Zutritt zu ihren Besitzungen.

In der neuen nationalen Verfassung sollen die Latifundien auf höchstens 5000 ha oder 10 000 ha begrenzt werden (der endgültige Wert sollte im Referendum entschieden werden).

Die Methode um ein Latifundium zu schaffen war in ganz Lateinamerika die selbe: bewaffnete Banden, die einige Indios erschossen und den Rest vertreiben – und das herrenlose Land steht zur Selbstbedienung bereit. Und es stimmt ja tatsächlich, die Indios konnten keine Besitzurkunden vorlegen . . .

Jene, die in der Vergangenheit den Indios ihre politischen und sozialen Rechte verweigerten, stehen jetzt mit dem Rücken gegen die Wand und sehen ihre „althergebrachten Rechte“ bedroht.

Sie kontrollieren die lokalen Medien, auch etliche internationale Medien stehen auf ihrer Seite, und der Rest informiert nur oberflächlich, als ob es tatsächlich um legitime Autonomiebestrebungen gänge.

Santa Cruz ist das reichste Departamento in Bolivien, mit grossen Erdgasvorkommen und Industrieanlagen. Kurioserweise wird etwa das dort produzierte Pflanzenöl ans Ausland billiger verkauft als an den heimischen Markt.

Warum sich mit einem Stück der Torte begnügen, wenn man sich die ganze Torte aneignen kann?

Die aussenpolitische Lage

Anfangs wandte sich die Opposition aus Santa Cruz an internationale Instanzen. Davon sind sie bereits kuriert, jetzt behaupten sie es sei ein rein nationales Problem.

Die Situation und das Autonomieprojekt sind so haarsträubend, dass sich keine internationale Instanz zugunsten der Autonomie ausgesprochen hat. Alle Nachbarländer, die OEA, die ONU, auch die Europäische Union, alle haben der bolivianischen Regierung ihre Unterstützung zugesagt. Sowohl die OEA als auch die ONU stellten ausdrücklich fest, dass das Autonomieprojekt rassistisch ist und die Menschenrechte verletzt.

Die OEA vermied es allerdings, das Referendum ausdrücklich zu verurteilen. Grund: auch die USA sitzen in der OEA, und sträubten sich dagegen.

Unglaublich: Phillip Goldberg, der US Botschafter in Bolivien (einst in der Spaltung von Jugoslawien aktiv), konspirierte aktiv gegen die Regierung und Oppositionsgruppen werden von USAID und anderen US-Organisationen finanziert, aber die Lage ist so klar dass die USA es bisher vorzogen keine offene Stellung in diesem Konflikt zu nehmen. Die Fäden werden hinter dem Vorhang gezogen.

Der internationale Druck ist nicht unwichtig: Bolivien ist ein Binnenland, und Santa Cruz kann nur über die Nachbarländer exportieren. Diese haben somit die Macht, die Autonomie zu blockieren. Mehrere Industrielle sind angeblich bereits zu diskreten Kontakten mit der Zentralregierung übergegangen.

Worin diese sogenannte Autonomie besteht

Santa Cruz bekommt ein eigenes Gerichtssystem, eine eigene Staatsbürgerschaft („condición política de cruceños“ genannt), entscheidet über den Landbesitz, verwaltet alle Bodenschätze, eignet sich auch das derzeitige verstaatlichte Erdgas an usw.

Unglaublich: Sogar die teilweise Privatisierung des Erdgases ist vorgesehen. Evo erkämpfte höhere Erdgaseinnahmen für das verarmte bolivianische Volk, die wollen jetzt die Oligarchen von Santa Cruz für sich allein beanspruchen.

Wenn das nationale Parlament bestimmte Bereiche kontrollieren will kann es ein Ansuchen an das Lokalparlament stellen, und dieses entscheidet dann für oder gegen dieses Ansuchen. So steht es im Autonomiestatut. Die Welt steht Kopf.

Mit einem Wort: auch wenn es Autonomie heisst, es geht um die völlige Sezession. Der Latifundist entscheidet von jetzt an über den Grundeigentum; der Industrielle nimmt für sich die Bodenschätze welche bis jetzt dem ganzen Land gehörten, und entscheidet über die Rechte der Arbeiter.

Und die lokale Oligarchie entscheidet, wer das Recht hat, ein Bürger von Santa Cruz zu sein. Wer nicht zu uns passt, wird ausgewiesen, dazu brauchen wir die eigene Staatsbürgerschaft. Und natürlich bestimmen wir auch wer wählen darf und wer nicht.

Es gibt eine beachtliche Gruppe von Zuwanderern aus dem Hochland, die ja wirklich nicht zu uns passen, die sollen lieber wieder heimgehen.

Xenophobie und Rassismus

Im Projekt der neuen nationalen Verfassung ist natürlich eine Autonomie vorgesehen, aber nicht in diesem Ausmass. Und noch schlimmer, in der Verfassung sind weitere Autonomieformen vorgesehen, etwa für indianische Volksgruppen – dagegen wird von Santa Cruz aus heftig protestiert. Es geht ja um unsere Rechte, um unsere traditionellen Privilegien, die in Gefahr sind, und nicht um die Indios. Das lokale Autonomiestatut soll die privilegierten Interessen schützen.

Die Oligarchie in Santa Cruz protestiert offen dagegen dass sie von einem Indio regiert werden soll, der wird auch Affe (macaco) genannt, und für Chávez haben sie den Ehrennamen Oberaffe (macaco mayor) geprägt. Wie wir ja alle von gewissen Medien wissen, denkt ja Evo überhaupt nicht selbst, sondern ist eine Marionette von Chávez, und Chávez seinerseits eine Marionette von Fidel Castro.

Die *Unión Juvenil Cruceña* stellt eine Kampfgruppe zur Verteidigung des Autonomiestatuts dar. Sie ist rechtsradikal und verwendet sogar das Hakenkreuz.

Zuwanderer aus dem Hochland werden von der *Unión Juvenil* bereits vor dem Referendum befeindet und bedroht. Nach dem Referendum wird es ein Leichtes sein, ihnen die Bürgerschaft („condición política de cruceños“) zu verweigern.

Weitere Referenda in Bolivien

Bolivien besteht geografisch aus dem Hochland im Westen (über 3000m) und dem „Halbmond“, den tiefliegenden Ländern im Osten (400m in Santa Cruz).

In Santa Cruz wohnt etwa ein Viertel der Einwohner, ebensoviele wie in La Paz. Aber in Santa Cruz ist die Bevölkerungsdichte 5 Einwohner/km², in La Paz 18, und in Pando nur 1. Pando, Beni und Tarija wollen in den nächsten Monaten ebenso ein Autonomiestatut beschliessen.

Auf nationaler Ebene zählt Evo mit einer Mehrheit von etwa 60% der Bevölkerung, aber in diesen vier Departamentos erhoffen die lokalen Präfekten eine Mehrheit.

Am 4.Mai sollten sowohl das Referendum über die neue Verfassung Boliviens als auch über das Autonomiestatut von Santa Cruz abgehalten werden.

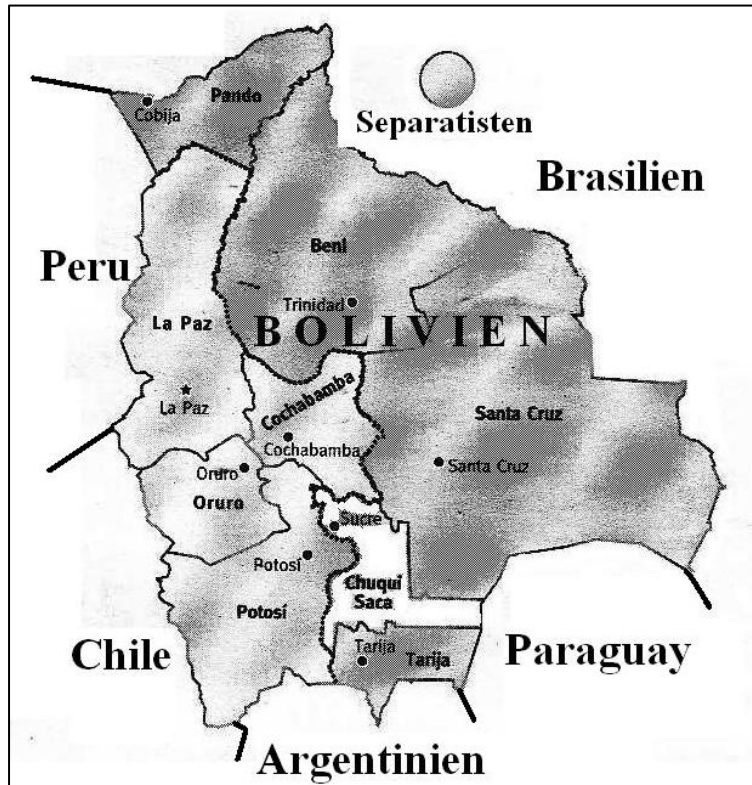
Beide Referenda wurden von der nationalen Wahlbehörde annulliert, aber die Opposition von Santa Cruz liess sich nicht stören.

Da sonst niemand das Referendum von Santa Cruz unterstützt, gibt es keine Beobachter, für die Logistik und Stimmenauszählung wurde eine private Firma angeheuert, die lokale Wahlbehörde hat engste Beziehung zur *Unión Juvenil Cruceña*.

Das staatliche Fernsehen brachte Berichte von Urnen, die bereits vor der Wahl Stimmen enthielten, aber von hier aus ist es im Augenblick schwer zu bestimmen, wie weit verbreitet solche Praktiken waren. Da es keine objektiven Beobachter gibt, weiss man von vornherein wie das Referendum ausgeht.

Künftige Verhandlungen sind schwierig. Kein Staat kann so weitgehende Autonomiezugeständnisse machen. Und die Opposition steht –auf lange Sicht– auf dem Verliererposten, da die verlangten Privilegien auf die Dauer nicht zu verteidigen sind. Sie wollen die Uhren zurückstellen, können vielleicht ein paar zusätzliche Jahre gewinnen, aber nicht mehr. Sie müssen hart bleiben, und zu retten versuchen was vorerst zu retten ist.

Evo will keine Gewaltanwendung, keinen Bürgerkrieg, das weiss auch die Opposition. Aber er steht unter starkem Druck seiner Anhänger.



Sezessionsgefahr in Lateinamerika

Um den Panamakanal zu bauen, spalteten die USA Panamá von Kolumbien ab und eigneten sich dann die Kanalzone an. Das war vor hundert Jahren. Auch der US-Bundesstaat Texas wurde von Mexiko abgespalten.

Etlliche Militärputsche in Lateinamerika sowie die Ermordung mehrerer Präsidenten geht auf ihre Rechnung.

George W. Bush versuchte eine große Freihandelszone zu schaffen, kam aber nicht durch und musste sich auf einige Abkommen mit befreundeten Staaten beschränken.

Dazu tauchte die „Achse des Bösen“ auf, zuerst Venezuela mit Kuba, dann Bolivien. Das war die simplistische Sicht der USA, es ist ja fast ganz Lateinamerika in Bewegung, nur halt jeder mit einem anderen Rhythmus.

Der Putsch gegen Chávez in Venezuela ging kläglich schief.

Am 1. März 2008 wendete Kolumbien die US Strategie an nach welcher der Terrorismus bekämpft wird, wo immer er sich befindet: ein Lager der kolumbianischen Guerrilla FARC wurde in Grenznähe auf der Seite von Ecuador mit US-Hilfe bombardiert. Ecuador brach die Beziehungen zu Kolumbien ab, der Protest in ganz Amerika war einhellig, nur ein einziges Land im ganzen Kontinent war auf der Seite von Kolumbien: die USA.

Allmählich, aber sichtbar, wird Lateinamerika erwachsen. Die Wirtschaftskrise in den USA erschüttert fast die ganze Welt, nur Lateinamerika bleibt anscheinend unberührt. Vor ein paar Jahren war das noch undenkbar.

Sogar in Paraguay, das während 61 Jahren vom korrupten Partido Colorado gelenkt wurde und noch teilweise unter dem drückenden Erbe des Diktators Stroessner steht, gewann vor ein paar Wochen ein linker katholischer Bischof die Präsidentschaft (die Kirche kommentierte nach der Wahl sie hätte keine Eile um darüber nachzudenken, was sie mit ihm machen wird . . .).

Und da greifen die USA auf eine neue alte Taktik zurück:

In Venezuela tauchte als Versuchsballon letztes Jahr eine Bewegung zur Autonomie des erdölreichen Bundesstaates Zulia auf. Sie hatte wenig Zuspruch und verschwand vorerst von der Bühne. In Ecuador hat der steinreiche Verlierer der letzten Wahl im wohlhabenden Guayaquil Appetit auf Autonomie.

Das Risiko ist somit nicht zu unterschätzen. Dieser Hintergrund hilft vielleicht auch, die überraschend starke lateinamerikanische Solidarität mit Evo zu erklären.

Lateinamerika kann nicht mehr gebremst werden. Aber es kann Rückschläge geben. Und Bolivien ist ernsthaft bedroht.